

Zeitschrift: Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design
Herausgeber: Hochparterre
Band: 21 (2008)
Heft: [5]: Bauen für den Kanton Zürich : ein Augenschein beim Hochbauamt

Artikel: Meister des Sparens
Autor: Knüsel, Paul
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-123474>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Meister des Sparens

Text: Paul Knüsel

Bauen für die öffentliche Hand ist mit Eigenheiten verbunden: Politisch motivierte Sparanträge erzwingen häufig Projektänderungen. Trotz des Willens, gute Architektur zu realisieren, kann die Ausführung zu einem Hürdenlauf werden. Doch die Anstrengungen sind oft von Erfolg gekrönt.

• Notwendiges vom Wünschbaren zu trennen, ist unter Politikern ein beliebtes Votum. Entsprechend oft interveniert das Parlament, wenn es einen Baukredit bewilligen soll. Dass ausführungsfähige Bauvorhaben en bloc abgewiesen werden, ist zwar die absolute Ausnahme. Projektänderungen hingegen sind immer wieder in Kauf zu nehmen. Besonders bei grossen Investitionsbrocken schaut der Kantonsrat gerne genauer hin. Über ein solch grosses Vorhaben muss der Rat 2009 abstimmen: Für 380 Millionen Franken soll auf dem Areal des ehemaligen Güterbahnhofs in Zürich das kantonale Polizei- und Justizzentrum (PJZ) mit Verwaltung, Gefängnis und Kriminalmuseum entstehen (Seite 37). Mit der ersten Etappe wird 2009 begonnen, den Segen des Kantonsparlaments vorausgesetzt. Vorläufig aber stecken die Projektverfasser noch mitten in ihrer Arbeit. Ende 2007 haben die Architekten von Theo Hotz als Sieger des Wettbewerbs das Vorprojekt abgeliefert. Neben der baulichen Konkretisierung ist darin auf einen ersten Sparauftrag einzugehen. So befand die Wettbewerbsjury, das ursprüngliche Eingabeprojekt überschreite den Kostenrahmen um rund 7 Prozent. Die Wirtschaftlichkeit sei daher kritisch zu beurteilen. Die Botschaft an die Architekten ist klar: Das PJZ-Vorprojekt hat sich zwingend an die Kostenmaxime zu halten und dafür die üblichen Reserven vorzusehen.

Sparen, aber richtig

Erfahrung im Umgang mit namhaften Sparrunden hat bereits das Büro des Winterthurer Architekten Arnold Amsler gesammelt. Im Auftrag des Kantons erweiterte er das Bezirksgebäude in Winterthur, die Schlüssel wurden 2006 übergeben. Am Anfang aber war Reduzieren angesagt:



19 Bezirksgebäude, Winterthur

Ein Kredit von knapp 11 Millionen Franken für den Umbau und die Erweiterung des Bezirksgebäudes scheiterte bereits in der Parlamentskommission. Dank Einsparungen konnten die Kosten auf 9,4 Millionen reduziert werden. Während der Planung zeigte sich, dass vermeintlich Teures gar nicht teuer war, sodass das Gebäude mit den farbigen Kastenfenstern in der schwarzen Betonfassade dem ursprünglichen Projekt gleicht. Foto: Mark Röthlisberger

--> Auftraggeber: Direktion der Justiz und des Innern
--> Architektur: Arnold Amsler, W'thur
--> Baukosten (BKP 1-9): CHF 9,4 Mio.
--> Ausführung: 2003-2006

Das Parlament kürzte den Kostenvoranschlag des Hochbauamts um rund 15 Prozent und verkleinerte den Baukredit auf 9,4 Millionen Franken. In der Regel führen solche Eingriffe zum Leistungsabbau. Dennoch hat die Idee des Architekten den Weg vom Plan in die Realität fast unbeschadet überstanden. Die dunkle Fassade und Kastenfenster in abwechselnden Farben kennzeichnen den vierstöckigen Kopfbau, der in einem deutlichen Kontrast zum bestehendenn lang gezogenen Verwaltungstrakt von Max Lutz aus den Sechzigerjahren steht. Architekt Amsler selbst bezeichnet es als ein «gelungenes Produkt».

Günstige Umstände milderten den Zwang zur Reduktion, und dem Konzept kam eine städtebauliche Anpassung zugute: Der Anbau wurde nicht seitlich, sondern ans Ende des bestehenden Trakts gestellt. Haupteingang, Toiletten und Treppenhaus können nun gemeinsam genutzt werden, weshalb eine konzentrierte Nutzung des Neubaus möglich ist. Verzichtet wurde zwar auch, etwa bei haustechnischen Installationen, aber nicht bei den Vorleistungen für eine spätere Aufstockung des Neubaus. Denn am falschen Ort sparen heisst oft, später mehr Geld ausgeben, davon ist auch das Hochbauamt überzeugt.

Vielfach verursacht der Spardruck aber ein hohes Kostenbewusstsein bei der Materialwahl. So auch bei der Hülle für das Bezirksgebäude Winterthur. Der Architekt schlug eine Fassade mit lasierten Sichtbetonwänden vor, ein vermeintlich teures System. Doch eine vorgängige Evaluation zeigte, dass sie nicht mehr kostete als die konventionelle Variante mit Aussenverputz. Daher entschied sich das Hochbauamt für die höhere architektonische Qualität und also für die vorgeschlagene Variante. Gut bauen ist also nicht zwangsläufig mit hohen Investitionen verbunden. Und, so die andere Erkenntnis: Identitätsstiftende Architektur gehört zum Selbstverständnis, wenn der Kanton als Bauherr auftritt.

Dass er sich bis zum Garagentor dafür engagiert, zeigte sich ebenso beispielhaft am Winterthurer Bezirksgebäude, in dessen Erdgeschoss sich eine Einstellhalle für Polizeiautos befindet. Abermals war der Vorschlag des Architekten die vermeintlich teurere Variante. Die geplanten Tore aus grünem Scobalit wären doppelt so teuer geworden wie Holztüren. Doch das gemeinsame Nachfassen von Architekt und Hochbauamt bei den möglichen Lieferanten rettete die matt glänzenden Kunststofftüren. Der Einbau konnte nach einem regelkonformen Vergabeverfahren zu einem ebenso günstigen Preis bestellt werden, wie er für Holztore erforderlich geworden wäre.

Technik kostet

Sparen lässt sich trotzdem nicht überall. Im Vergleich zur konventionellen Bauweise verursachen bauliche Sicherheitsmassnahmen oder der Minergie-Standard gewisse Mehrkosten. Zugleich sind die meisten Immobilien des Kantons keine profanen Bürobauten, sondern besondere Objekte wie Spitäler, Werkhöfe oder Gefängnisse, die eine Speziallösung erfordern und nicht standardisiert zu bewältigen sind. Und je nach Objekt bestimmen die künftigen Nutzer – von der Staatsanwaltschaft über den Strassenmeister bis zum Polizeikommandanten – mit. Vom Hochbauamt, vom Architekten und vom Nutzer ist deshalb eine enge Zusammenarbeit gefordert. Nur wenn dieses Teamwork funktioniert, sind die wichtigen Voraussetzungen gegeben, um kostengünstig zu bauen – mit oder ohne ausdrücklichen Sparauftrag des Parlaments. •